

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schönbach, Dresden, Postfach 10011

Druck: Kurt Schönbach, Dresden, Postfach 10011

Redaktion: Kurt Schönbach, Dresden, Postfach 10011

Englands öffentliche Meinung mahnt

Die amtliche Politik gegen den Volkswillen

London, 17. Oktober. Nachdem die Bürgermeister von vier englischen Städten der Grafschaft Dorsetshire in einem Briefe an die „Times“ die Anerkennung der britischen Gleichberechtigung verlangt haben, veröffentlicht die liberale „News Chronicle“ einen ähnlichen Aufruf von fünf Mitgliedern der Universität Oxford. Die Besprechungen, so heißt es da, die die Alliierten in Versailles gegeben haben, müßten erfüllt und die berechtigten deutsche Gleichheitsforderung erfüllt werden.

Die Verfasser dieser Besprechungen seien so klar wie irgend etwas, das jemals von Staatsmännern zu Papier gebracht worden sei.

In einem Leitartikel erklärt die „News Chronicle“ hierzu, es sei höchste Zeit, daß die englische Regierung einmal von der öffentlichen Meinung Englands Notiz nehme. Die höchst bemerkenswerte Einmütigkeit von englischen Bürgermeistern in die Außenpolitik sei bezeichnend für eine öffentliche Meinung, die nicht lärmend, aber fest und tief sei.

Keine neue Anfrage in Berlin

Berlin, 17. Okt. In einer ganzen Reihe von Zeitungen wird davon gesprochen, daß die englische Regierung allerdings in Berlin angefragt habe, ob die Ablehnung Deutschlands die Viermächtekonferenz in Genf abzuhalten, das letzte Wort darstellt. Von amtlicher Seite wird dazu erklärt,

daß eine erneute Anfrage seit dem deutschen Bescheid in der vergangenen Woche nicht mehr erfolgt ist. Es sind seitdem auch keinerlei Verhandlungen mehr geführt

worden. Wenn in Zusammenhang mit derartigen Meldungen in der Presse der Gedanke erwogen wird, daß MacDonald an eine Zusammenkunft zu zweien mit dem Reichskanzler oder dem Reichsaußenminister denkt, so sieht man demgegenüber in dieselben unterrichteten Kreisen auf dem Standpunkt, daß eine derartige Zusammenkunft sehr unwahrscheinlich ist. Nach allem, was man in Berliner politischen Kreisen über den gegenwärtigen Stand der Erörterungen hinsichtlich einer Viermächtekonferenz beobachten kann, scheint es so, daß eine endgültige Klärung der Frage nicht vor Mitte November zu erwarten ist.

Herriot wirbt um Spanien

London, 17. Oktober. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ macht auf die diplomatischen Hintergründe der Reise des französischen Ministerpräsidenten Herriot nach Spanien, die Ende Oktober stattfindet, aufmerksam. Herriots Absicht sei in erster Linie

die Bildung einer neuen und wirklichen Entente zwischen Frankreich und Spanien.

Dabei habe er natürlich nicht nur den günstigen Einfluß einer solchen französisch-spanischen Entente auf die marokkanische Frage, sondern besonders auch auf Frankreichs Stellung in Genf und die französische Sicherheit im Mittelmeer im Auge. Man könne damit rechnen, daß Spanien in Kürze einer der hauptsächlichsten Unterstützer von Herriots Abrüstungsplänen in Genf sein werde. In diesem Zusammenhang sei es nicht ohne Bedeutung, daß Frankreich angeblich Spanien als das geeignetste Land für die Unterbringung der vorerwähnten internationalen Völkerbundsdépôt von schweren Waffen vorgeschlagen habe. Denn in Spanien würde ein solches Depot in jedem Fall außerhalb der Reichweite Deutschlands liegen.

Kaufleistungen in Deutschland Einhalt zu gebieten. Der Reichspräsident und die Reichsregierung müßten ohne Zögern die Schritte dafür schaffen, daß Preußen in den Stand gesetzt werde, seinen Pflichten gerecht zu werden. Wenn der Reichspräsident zu diesem Zweck die in Preußen führenden Männer vorübergehend durch andere Persönlichkeiten ersetzte und diesen Persönlichkeiten die notwendigen Nachmittel in die Hand gegeben hat,

so entspricht das in einem Fall so außergewöhnlicher Not unbedingt dem Willen und Bestreben der Reichsregierung.

Die Maßnahmen vom 20. Juli haben sich zunächst nur gegen den für die allgemeinen Richtlinien in Preußen verantwortlichen Minister des Innern gerichtet. Der Reichskanzler war grundsätzlich bereit, mit den anderen preussischen Staatsministern zusammenzuarbeiten. Das ist ihm aber von den sechs anderen Ministern unmöglich gemacht worden. Ich darf daran festhalten, daß die Maßnahmen als vorläufig anzusehen sind. In der sozialdemokratischen Presse wird immer darauf hingewiesen, daß sich SPD. und KPD. zusammenzuschließen, um durch gemeinsame Front in die Lage verlegt zu werden, die Geschicke des Staates zu lenken. Die Reichsregierung hat durchaus pflichtbewußt ihre Maßnahmen getroffen. Im Namen der Reichsregierung bitte ich den Staatsgerichtshof, im Sinne der von der Reichsregierung gestellten Anträge zu entscheiden.

Grenzverletzung polnischer Beamter

Ein deutscher Arbeiter nach Polen verschleppt

Stettin, 17. Okt. Zwischen Weichenberg und Ronstauers Weide wurden am Sonntag drei deutsche Arbeiter, die an der unübersichtlichen Grenzlinie beim Schneiden von Weidenruten die Grenze überschritten hatten, vom polnischen Weichselufer aus durch fünf polnische Grenzbeamte beschossen. Zwei Arbeiter konnten flüchten. Der dritte, Franz Schwietzki, wurde angehalten, von den polnischen Grenzbeamten umzingelt und in einem Boot nach Polen verschleppt. Eine heute früh vom Landrat des Kreises Stettin und der Staatsanwaltschaft an Ort und Stelle vorgenommene Befichtigung ergab, daß die polnischen Grenzbeamten sich des Angehorenen auf deutschem Gebiet bemächtigt haben. Der Landrat hat den polnischen Starosten telegraphisch zur Befichtigung des Tatortes eingeladen.

V. Bapen: Autoritär, doch keine Autokratie

Baderhorn, 17. Okt. Reichskanzler von Bapen erwähnte dem Vertreter der „Mitteldeutschen Nachrichten“ vor seiner Ansprache in der Schützenhalle eine Unterredung, in der der Reichskanzler u. a. folgendes ausführte: Es war mir ein besonderes Bedürfnis, sobald als möglich auch dem Werke einen Besuch abzustatten. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Nöte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind mir nur zu gut bekannt, und ich erwarte, daß man gerade hier am schnellsten und wirksamsten aus dem bekannten Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Nutzen ziehen wird. Was mir in erster Linie notwendig erscheint, ist politische und wirtschaftliche Ruhe.

Wir werden nicht zulassen, daß durch Parteikämpfe und Parteigeiz die Krisenschwierigkeiten in Deutschland unnötig vermehrt werden.

Wenn wir eine „autoritäre“ Staatsführung fordern, so hat das nichts mit Autokratie zu tun. Wir sind weder gegen eine vernünftige Demokratie noch gegen das Parlament, aber wir wollen den Bearbeiter wieder ihren ursprünglichen vernünftigen Sinn geben, d. h. nicht die Schreier und Projektierer sollen in Deutschland regieren, sondern die besonnenen, ihrer Verantwortung gegen die Allgemeinheit sich bewußten Staatsbürger. Wer die Notwendigkeit einer Reform unseres politischen Lebens anerkennt, kann nicht auf den Gedanken kommen, daß die Reichsregierung arbeitserfindlich und selbstherrlich regieren sollte. Ich kenne nur die eine Parole: Deutschland!

Der Reichskanzler ist am Montagvormittag wieder in Berlin eingetroffen.

Genoi Nachfolger Drummonds

Genf, 17. Oktober. Der Völkerbundrat hat heute in einer geheimen Sitzung den stellvertretenden Generalsekretär Genoi zum Generalsekretär des Völkerbundes als Nachfolger Sir Eric Drummonds einstimmig gewählt. Die Befähigung der Wahl wird durch die Völkerbundversammlung im November erfolgen.

Stadtratwahl in Seib

Seib (Oberfranken), 17. Oktober. Am Sonntag fand in Seib die Stadtratwahl statt. Die Beteiligung betrug 78 v. H. Auf die einzelnen Wahlvor schläge entfielen folgende Stimmen: Kommunisten 1920 (bei der letzten Reichstagswahl 2009), SPD. 1242 (1688), Bürgerpartei 820 (keine Vergleichsziffer vorhanden), Nationalsozialisten 2424 (1812), Bayerische Volkspartei 295 (243).

An Seib erhalten die Bürgerpartei: 2 (1929: 7), SPD. 4 (0), RPD. 6 (5), NSDAP. 8 (2).

Der Entscheidungstag vor dem Staatsgerichtshof

Schlussbericht Preußens und des Reiches

Reipzig, 17. Okt. Nach amtl. Unterbrechung wurde heute das Verfassungsverfahren Preußens gegen Reich fortgesetzt. Man vermutet, daß heute der letzte Verhandlungstag sein wird.

Wie nach Verhandlungsbeginn erhielt Ministerdirektor Dr. Bredt für Preußen das Wort zu seinem Schlussbericht. Er führte u. a. aus: Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich in dem einen Satze zusammenfassen, daß Artikel 48 Absatz 1 (Wahlverletzung Preußens) nicht anwendbar war, daß dagegen Absatz 2 (Eidung der öffentlichen Ordnung) anwendbar war, aber nicht so, wie er angewandt worden ist.

Der Schwerpunkt unseres Kampfes richtet sich gegen die Anwendung des Absatzes 1.

Sieben Vorwürfe hat die Reichsregierung gegen Preußen erhoben. In allen Fällen stellen sich die Tatsachen anders dar, als sie die Reichsregierung angenommen hat. Dabei scheiden sämtliche sieben Vorwürfe aus.

Absatz 1 war also nicht anwendbar.

Absatz 2 konnte angewendet werden, denn lokal und temporär war an einigen Orten die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört. Aber Zweck der Anwendung dürfte nur die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit sein.

Der Hauptvorwurf des Reichskanzlers ist das angeblich einseitige Verhalten der preussischen Regierung gegen die NSDAP. Während der Episode der Einigung v. Bapen-Oster vom 1. Juni bis 13. August hat die Reichsregierung von scharfen politischen und strafrechtlichen Mitteln gegen Ausschreitungen der NSDAP. absehen wollen. Rader hat sie diesen Standpunkt verlassen müssen. Es bleibt nach unserer Ansicht nichts anderes übrig.

als die Verordnung vom 20. Juli aufzuheben,

wenn nötig, eine andere an die Stelle zu setzen, z. B. einen Reichskommissar für Polizei für Norddeutschland oder Ausherrnhalt eine vorübergehende Übertragung der vollziehenden Gewalt an bestimmtem verfassungsmäßigen Zweck. Die Aufhebung hat keineswegs schädliche Folgen. Für die Vergangenheit bleibt fast alles still. Richtig sind in der Vergangenheit nur die rechtliche Ablehnung der Minister und Beamten, das Auftreten für Preußen im Reichsrat, das praktisch allerdings belanglos ist wegen der Vertagung des Reichsrats, und die endgültigen Neuerennungen durch das Staatsministerium.

Die Ehre Preußens muß von dem untragbaren Vorwurf der Verletzung gegen das Reich befreit werden. Es war die deutsche Mission Preußens, das Reich zu gründen und zur Klammer von Ost nach West zu werden. Der Prozeß muß das Gute haben, daß er neuen Auftrieb zur Reichsreform gibt.

Nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli würde sich eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Reich

kanzler kam, mit dem Reichskommissar in dem erstrebten Sinne sehr leicht ergeben. An der Verleumdung würde diese Zusammenarbeit auf preussischer Seite nicht scheitern.

Dr. Bredt schloß mit folgenden Worten: Lassen Sie uns das Vergangene schnell vergessen und mit vereinten Kräften an dieser großen Aufgabe arbeiten. Sie darf für niemandem eine Parteifrage sein. Möchte unser verehrter Reichspräsident, der als junger Leutnant 1880 noch den Balkentrien zwischen deutschen Ländern mitgekämpft hatte, als Ordnung seines Lebenswerkes noch die Lösung der deutschen Frage erleben. Möge er

als gemeinsamer Staatsoberhaupt für das Reich und Preußen

keine große Lebensaufgabe brenden.

Dr. Goffhainer

erklärte darauf unter anderem: Von Preußen habe sich hier die Behauptung ausgebreitet, die Reichsregierung habe sich bei ihrem Vorgehen am 20. Juli von verfassungswidrigen Mitteln leiten lassen. Ich muß mich gegen die Auffassung wenden, wie sie durch diese Worte Dr. Bredts hier enthalten worden sind. Die Reichsregierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie sich bei ihren Maßnahmen vom 20. Juli wie auch sonst immer von dem Willen hat leiten lassen, dem Wohl des Volkes zu dienen

und alles im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen zu tun.

Eine Auffassung, die den Maßnahmen vom 20. Juli rechtswidrige Motive unterstellt, die den handelnden Stellen subjektive Gutgläubigkeit abspricht, muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden. Auf der preussischen Seite hat man für sich in Anspruch genommen, daß man sich gegen die Reichsregierung schuldig vor den Reichspräsidenten stellen müsse. Darauf ist zu erklären, daß auch die Aufhebung des Uniformverbotes und die Wiederzulassung der SA, insbesondere aber auch die Maßnahmen vom 20. Juli von der nach der Verfassung zuständigen Stelle durchgeführt worden sind. Reichskanzler und Reichsregierung haben diese Maßnahmen getroffen, die nach ihrem pflichtbewußten Ermessen notwendig waren, um die gefährdete Sicherheit und Ruhe in Deutschland wiederherzustellen.

Wie fand es am 20. Juli?

Eine gespannte politische Lage, flüssige Zusammenhänge zwischen den staatlichen Machtmitteln und organisierten Parteien, täglich neue Todesopfer, allein in Altona 16 Tote von der Hand kommunistischer Täter, und immer wieder die schmerzlichen Verluste von sozialdemokratischer Seite, mit den Kommunisten eine Einheitsfront nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen die Reichsregierung zu bilden. Dazu die parteiübergreifende Zielsetzung der maßgebenden preussischen Staatsminister, die es nicht mehr verstanden haben, dem Vordringen der nationalsozialistischen Kräfte und dem Ueberhandnehmen der blutigen